

Tagesanzeiger

Mittwoch
12. Juni 2019

127. Jahrgang Nr. 133
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Röhrenblick

Youtube verändert die Art, wie wir Blockbuster-Filme sehen – 7 Beispiele.

29

Digitale Sabotage

Ganz oben, nicht ganz legal: Google jagt die Suchresultat-Trickser.

13



Die Velomasochistin

Eine Frau, 2 Stunden Schlaf pro Tag, 45 Grad – und 5000 Kilometer.

28

Parteichefs weisen Junckers Ultimatum zum Rahmenabkommen einhellig zurück

Europa Der EU-Kommissionspräsident verlangt vom Bundesrat eine Einigung zum Vertragsentwurf – bis in sechs Tagen.

Markus Häfliger, Christoph Lenz
und **Stephan Israel**

Im Ringen um das Rahmenabkommen erhöht EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Tempo und den Druck. Vor erst vier Tagen hat er aus Bern einen Brief erhalten, in dem der Bundesrat in drei Punkten Nachbesserungen am Vertragsentwurf verlangt. Nun hat Juncker bereits zurückgeschrie-

ben – freundlich im Ton, dezidiert im Inhalt: Zwar erklärt er sich bereit zu «ergänzenden Diskussionen» zum Abkommenstext. Abgeschlossen werden müssten diese aber bis in sechs Tagen. Denn am 18. Juni – so Junckers verklausulierte Drohung – findet jene Sitzung statt, an der die EU-Kommission über die Verlängerung der Äquivalenzanerkennung für die Schweizer Börse befindet.

In der Schweiz stösst Junckers Frist auf Ablehnung bis Unverständnis. «In so kurzer Frist können in der Schweiz nicht einmal die Statuten eines Hobbyfussballclubs geändert werden», sagt Pierre-Yves Maillard, Präsident des Gewerkschaftsbundes. Auch CVP-Präsident Gerhard Pfister vermag nicht zu erkennen, wie in dieser kurzen Zeit die offenen sozialpolitischen Fragen rund um das Rahmenabkommen gelöst werden

können. Die Frist der EU sei «lächerlich kurz», findet SVP-Präsident Albert Rösti. «Das kann man nur so interpretieren, dass die EU die Schweiz nicht ernst nimmt oder erpressen will.»

Auch im Umfeld des Bundesrats stösst die extrem kurze Frist auf Erstaunen. Dort kursiert die Vermutung, Juncker könne gar nicht meinen, dass bis in sechs Tagen alle Details geklärt seien. Eventuell wolle Juncker bis dann nur

den guten Willen des Bundesrats für eine Einigung spüren.

SP-Präsident Christian Levrat setzt allerdings auch Fragezeichen hinter die Gesprächsbereitschaft der EU. Denn Juncker betont in seinem Brief mehrfach, dass das Rahmenabkommen mit all seinen Zusatzprotokollen und -Erklärungen eine «unauflösbare Einheit» bildeten. Nachverhandlungen seien ausgeschlossen. **Seite 5**

Lausanne widerspricht Bundesrat: Mundtabak zu Unrecht verboten

Legalisierung Die st.-gallische Wellauer AG importiert und handelt Tabakwaren im grossen Stil: Zigarren, Pfeifentabak, Drehtabak, Schnupftabak – und bis 2016 auch Snus, den Mundtabak. Nachdem der Basler Zoll eine Sendung Snus beschlagnahmt hatte, beschränkt die Firma auf Anweisung von Geschäftsführer Peter Rohner den Rechtsweg. Als Anwalt engagierte er den Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni. Nach Niederlagen bis vor Bundesverwaltungsgericht gibt nun das Bundesgericht dem Beschwerdeführer recht. Mundtabak war bisher zu Unrecht verboten; für das in einer Verordnung festgehaltene Verbot fehlten sowohl die Gesetzes- als auch die Verfassungsgrundlage. Wellauer-Verwaltungsrat Franz Costabie hat gestern in Schweden eine Ladung Snus bestellt. Anwalt Caroni sagt, eine Bundesratsverordnung zu kippen sei aussergewöhnlich – und das Bundesamt für Gesundheit rechtfertigt sich. (bg) **Seite 4**

«Times» streicht ihre politischen Karikaturen

Medien Die «New York Times» gibt die täglichen politischen Karikaturen in ihrer internationalen Ausgabe per 1. Juli auf. Auch der schweizerische Zeichner Patrick Chappatte, der dort bisher als «editorial cartoonist» beschäftigt war, verliert seinen Job. Chappatte betrachtet das Ende des «Times»-Cartoons als Symptom einer gefährlichen Entwicklung und als Verlust einer Ausdrucksform in der Demokratie. Aus Angst vor Shitstorms – wie ihn die Zeitung im April wegen einer antisemitischen Karikatur durchzustehen hatte – raube man dem US-Leitmedium die Dimension des visuellen Kommentars. Doch der Cartoon sei nicht das Ziel der Angriffe, sondern die Medien und die Freiheit. (ked) **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 3**

Woher unser Gold wirklich kommt



Rohstoffe Mehr als die Hälfte der weltweiten Goldproduktion wird von Schweizer Raffinerien geschmolzen. Bis der kostbare Rohstoff aus der ganzen Welt hier eintrifft, geht er durch zahlreiche Hände – vom Mineur zum lokalen Händler, vom nationalen Exporteur zum internationalen Mittelsmann.

Nachdem das Gold in der Schweiz veredelt worden ist, gelangt es zu den Endabnehmern, den Juwelieren, Banken und Uhrmachern: eine sehr undurchsichtige Lieferkette, welche die übelsten Regionen im globalen Süden mit der glitzernden Welt der Schönen und Reichen im Norden verbindet. Zertifi-

kate wie «Fairmined» sollen den Konsumenten helfen zu verstehen, woher der Rohstoff der angebotenen Produkte stammt. Das Gewissen kauft schliesslich mit. Nur: Halten die Zertifikate, was sie versprechen? Korruptionsjäger Mark Pieth hat die Frage untersucht – und erhebt Vorwürfe. (pst) **Seite 11**

Raiffeisen bekommt neue Aufpasser

Finanz Die Raiffeisenbanken wollen der nationalen Unternehmensspitze einen Aufpasser an die Seite stellen. Dazu soll ein neues Organ gegründet werden. Wie es sich zusammensetzt und wer es wählt, dazu findet am kommenden Freitag eine Konsultativabstimmung aller 246 Raiffeisenbanken statt. Das sagt Kurt Sidler, der gemeinsam mit Raiffeisen-Präsident Guy Lachappelle die Reformarbeitsgruppe leitet. Der interne Umbau ist die Folge der Affäre um Ex-Chef Pierin Vincenz. (ali) **Seite 9**

Zürcher Berufsschulen streiten um Lehrlinge

Reform Der Bildungsrat will alle 29 kantonalen Berufsschulen zu Kompetenzzentren machen. Die angestrebte Monster-Reform hat nun einen Streit darüber ausgelöst, wo die 43000 Zürcher Lernende in die Schule gehen. So soll Uster seine KV-Lehrlinge nach Wetzikon schicken und dafür Schüler für technische Berufe ausbilden. Das könne sie «nicht nachvollziehen», sagt die Schulkommissionspräsidentin Sabine Wettstein (FDP). (red) **Seite 17**

Kommentare & Analysen

«Statt Trumps Mauer zu bezahlen, wird Mexiko selber zu einer Art Mauer.»

Sandro Benini
Der Auslandsredaktor sieht Donald Trumps Mexiko-Deal als Schritt zu seiner Wiederwahl 2020. **Seite 2**



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tagesanzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tagesanzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tagesanzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Leserbriefe	15	Veranstaltungen	36
Todesanzeigen	20	Rätsel	38
TV/Radio	24	Wetter	39